

**Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am**  
**15.09.2009**

---

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 17:05 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Gemkow  
Frau Kammeier (bis 19.15 Uhr)  
Herr Langeworth  
Herr Michael Weber Stellv. Vorsitzender  
Herr Dr. Zillies

SPD

Herr Donath  
Frau Schneider (ab 17.25 Uhr)  
Frau Böker-Scharnhölz  
Frau Schrader (bis 19.00 Uhr)  
Herr Heinz-Joachim Weber (bis 19.45 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood  
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany  
Herr Schuster

Beratende Mitglieder

Frau Acar-Gökce Migrationsrat (ab 17.25 Uhr)  
Herr Winkelmann Beirat für Behinderten-  
fragen

Gäste

Herr Adams AGW  
Frau Kammerer Sozialdienst Bethel  
Herr Wiese Drogenberatung Bielefeld  
e.V.  
Herr Hakenhold Polizei/Stadtwache

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
Beigeordnete Frau Ritschel  
Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Herr Staude  
Frau Kleiner  
Herr Niekamp

Herr Litke

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5  
Dezernat 3  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungs-  
amt  
Ordnungsamt  
Stab Dezernat 3  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

**Zu Punkt 1**

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 55. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.08.2009**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 55. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.08.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2**            **Mitteilungen**

**Zu Punkt 2.1**        **Übertragung der Aufgaben des Lastenausgleichs auf das Bundes-**  
**ausgleichsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung zur Kenntnis. Es gibt keine Nachfragen.

---

**Zu Punkt 2.2**        **Theoriereduzierte Ausbildung (Drucks-Nr. 6952/2004-2009)**  
**-Beantwortung der Fragen von Herrn Winkelmann-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung des Amtes für Personal-, Organisation und Zentrale Leistungen. Frau Kammeier äußert sich verärgert über die Ablehnungsgründe der städt. Töchtergesellschaften, die nach ihrer Ansicht eine Vorbildfunktion hätten. Verbunden mit der Folge wie diese Forderung an die Wirtschaft herangetragen werden sollte, wenn schon die städt. Töchtergesellschaften nicht mit bestem Beispiel vorangehen. Sie erwarte mehr Flexibilität und Bereitschaft zur Schaffung von theoriereduzierten Ausbildungsplätzen. Eine erneute Kontaktaufnahme mit den Gesellschaften wird angeregt. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Herr Winkelmann, Frau Cascante-Maristany, Herr Weber (SPD) und Herr Hood schließen sich den Ausführungen an. Darüber hinaus bemerkt Frau Schrader kritisch, dass die sehr hohen Anforderungen im Widerspruch zur Theoriereduzierung der Ausbildungsgänge stünden. Selbst wenn ein Betrieb bereit sei, einen entsprechenden Ausbildungsplatz einzurichten, sei es schwer Jugendliche zu finden, die den Anforderungen entsprechen. Sie sehe darin die Gefahr, dass die Jugendlichen dadurch diskriminiert würden. Des Weiteren schlägt Herr Weber (CDU) vor, die Töchtergesellschaften intensiv bei der Schaffung von theoriereduzierten Ausbildungsplätzen zu begleiten und auftretende Probleme, wenn erforderlich auch im Ausschuss zu erörtern. Die geplante Berichterstattung solle die Erfahrungen der Ämter und Töchtergesellschaften umfassen. Abschließend fordert Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Ausschussmitglieder auf, soweit sie als Aufsichtsratsmitglieder derart Einfluss nehmen könnten, die Töchtergesellschaften, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammern, durch umfangreiche Aufklärungsarbeit für dieses Thema zu sensibilisieren.

---

**Zu Punkt 2.3**

**Tag des Friedhofs**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf den verteilten Flyer zum „Tag des Friedhofs“, am 20.09.2009, auf dem Sennefriedhof. Unter dem Thema: „Herbstlicht – Erinnerung hat viele Farben“ sollen neue Perspektiven des Friedhofs kennen gelernt werden.

---

**Zu Punkt 3**

**Anfragen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

---

**Zu Punkt 4**

**Anträge**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anträge vor.

---

**Zu Punkt 5**

**Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 160  
zur Beschlussvorlage: Arbeitplus in Bielefeld GmbH  
Externe befristete Einstellungen durch die Stadt Bielefeld (Drucks-  
Nr. 7206/2004-2009)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7281/2004-2009

**Beschluss:**

**Die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 160 wird genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6**

**Sachstandsbericht Stadthallenumfeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7223/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt die Gäste und verdeutlicht, dass die SGA-Mitglieder stets bemüht seien, für den betroffenen Personenkreis präventive und unterstützende Hilfen anbieten zu können

und somit im Stadthallenumfeld ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen repressiven Maßnahmen der Ordnungskräfte und den Angeboten der sozialarbeiterischen Hilfen zu erzielen.

Herr Niekamp informiert über die Entwicklung und die derzeitige Situation im Stadthallenumfeld. Herr Wiese erläutert die Tätigkeiten und die Entwicklungen im DrogenHilfeZentrum (DHZ) an der Borsigstraße (**Anlage 1**) und im Café Impuls. Er weist auf die von der Drogenberatung e. V. angebotenen Arbeitsprojekte hin und präsentiert die drei Stadtführer „Bielefeld für Verliebte“, „Bielefeld für Melancholiker“ und „Bielefeld für Sagen- und Mythenfreunde“, die im Rahmen des Projektes „Erfahrungswerte“ erstellt worden sind. Auf Fragen von Frau Cascante-Maristany, Frau Gemkow, Herrn Hood, Herrn Weber (SPD) und Frau Böker-Scharnhölz führt er aus, dass durch eine hohe Frequentierung des DHZ die Kapazitätsgrenze erreicht sei. Zukünftig müsse die räumliche Situation betrachtet und über eine Erweiterung der Öffnungszeiten auf das Wochenende diskutiert werden. Durch eine Ausweitung der Arbeitsprojekte sollen Erfolge bei Therapien und Substitution gefestigt werden. Der Anstieg bei den Konsumvorgängen sei auf eine bessere Annahme der Hilfsangebote zurückzuführen. Drogensüchtige Frauen seien schwer erreichbar, weil ihr Lebensumfeld (z. B. durch die Betreuung von Kindern) einen regelmäßigen Besuch im DHZ nicht erlaube. Eine Ausweitung der ärztlichen Präsenz würde begrüßt, es sei jedoch schwierig Ärztinnen und Ärzte für diese Aufgabe zu gewinnen. Finanzielle Unterstützung durch die Krankenkassen erfolge nicht. Zum Bereich der Cannabis-Konsumenten führt Herr Wiese aus, dass zwei Sozialarbeiter ausschließlich diesen Personenkreis betreuen. Die Gesamtzahl der Konsumenten gehe zwar zurück, aber die Einsteiger würden immer jünger und ihr Konsum sei immer intensiver. Für Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage macht der Bericht deutlich, dass die Maßnahmen greifen und weiterhin perspektivisch diskutiert werden müssen.

Frau Kammerer informiert über die Inanspruchnahme des Hilfeangebotes „Die Kava – Treffpunkt für Menschen in besonderen Lebenslagen“ (**Anlage 2**). Auf Nachfragen von Herrn Winkelmann und Frau Cascante-Maristany führt sie aus, dass durch Spenden ein rollstuhlgerechter Zugang zur Kava geschaffen werden konnte. Seit dem Umzug des Sozialdienstes in die Viktoriastraße sei ein Anstieg der Klientenzahl zu verzeichnen. Im gesamten Stadtgebiet gebe es ca. 10 Personen, die ausschließlich auf der Straße leben. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage erklärt, dass die Erweiterung der Angebote auf spezielle Ansprüche durchaus effektiv für die Zusammenarbeit im Stadthallenumfeld wirke.

Herr Staude erläutert die Entwicklungen der Fallzahlen (**Anlage 3**) aus ordnungsrechtlicher Sicht und bewertet das bestehende Netzwerk als Erfolgsmodell. Für den Abstimmungsprozess habe das Sozialdezernat einen „runden Tisch“ implementiert. Dort finden ein regelmäßiger Austausch und Maßnahmeabstimmungen zwischen Polizei, Ordnungsamt und Sozialdezernat statt. Durch den Erlass der Satzung sei kein klassischer Verdrängungsprozess auf umliegende Flächen erkennbar. Herr Hakenhold erklärt für die Mitarbeiter der Polizei in der Stadtwache, dass sie sich als „uniformierte Sozialarbeiter“ sehen. Im Rahmen der Polizeiarbeit sei es sonst oft nicht möglich, den Betroffenen Hilfsangebote zu unterbreiten. Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den

Ordnungskräften in Bielefeld und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der sozialen Hilfssysteme zeichne die Polizeiarbeit in Bielefeld aus. Darüber hinaus werde es immer Personen geben, die weder ordnungsbehördlich noch sozialarbeiterisch erreicht werden können. Auf Nachfrage von Herrn Langeworth führt Herr Hakenhold aus, dass sich die Beschäftigungskriminalität im Umfeld der Einrichtungen nicht erhöht aber auch nicht reduziert habe. Bielefeld gelte nach wie vor als die sicherste Stadt in Deutschland. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für den großen Erfolg des Bielefelder Netzwerkes, der in dem Umfang nicht absehbar gewesen sei.

Frau Cascante-Maristany, Herr Hood und Herr Weber (CDU) bewerten die Situation des Stadthallenumfeldes als verbessert. Es sei eine zufriedenstellende Situation geschaffen worden, die aber weiter im Fokus bleiben müsse. Das aufgebaute Netzwerk müsse weiterhin genutzt werden, um die Menschen zu unterstützen und zu fördern. Frau Böker-Scharnhölz ergänzt, dass sie bereits gebeten werde, über das erfolgreiche soziale Netzwerk in Bielefeld in anderen Städte und Kreisen zu berichten.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage übergibt um 18.45 Uhr die Versammlungsleitung an den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Weber (CDU) und verlässt den Sitzungsraum.

Beigeordneter Herr Kähler bedankt sich bei allen Beteiligten für die gute Umsetzung des Konzeptes. Die bereits vorhandenen Angebote aus zentralen und dezentralen Hilfen seien erfolgreich miteinander vernetzt worden. Perspektivisch müsse sich künftig mit veränderten Ausstattungsanforderungen, Erweiterung von Öffnungszeiten und weiteren Hilfeangeboten auseinander gesetzt werden. In diesem Zusammenhang führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass die Bundesagentur für Arbeit im Juli 2009 für die Arbeitsgemeinschaften die SGB II-Arbeitshilfe „Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II“ erlassen habe. Dementsprechend sei eine pauschalierte Finanzierung von Maßnahmeprojekten möglich. Herr Niekamp sei bereits mit der Erarbeitung der sich daraus ergebenden Möglichkeiten beauftragt worden.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage übernimmt ab 18.50 Uhr wieder die Versammlungsleitung. Sie bedankt sich für die Ausführungen. Der Erfolg mache deutlich, dass Bielefeld auf dem richtigen Weg sei.

-.-.-

## **Zu Punkt 7**

### **Auswirkungen der Novelle des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2009**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7324/2004-2009

Frau Schulz informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die Ausführungen und weist darauf hin, dass nunmehr viele Haushalte mit geringerem Einkommen erstmalig Wohngeld bekommen.

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

---

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Rathsmann-Kronshage  
(Vorsitzende)

---

Krumme  
(Schriftführerin)

---

Weber  
(stellvertretender Vorsitzender)